

rungschef (Chief Executive) von Macau als einer Sonderverwaltungsregion (SVR) der VR China wählen soll. Die 200 Mitglieder des Wahlkomitees werden vom Vorbereitungskomitee ausgewählt: 60 aus der Wirtschaft, 50 aus kulturellen und freiberuflichen Kreisen, 50 aus Gewerkschafts-, Religions- und anderen sozialen Körperschaften, 40 aus Expolitikerkreisen und Macauer Vertretern im chinesischen NVK sowie dem Nationalen Komitee der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Während von den 100 Mitgliedern des Vorbereitungskomitees 60 aus Macau und 40 aus der VR China sind, müssen alle 200 Mitglieder des Wahlkomitees ständige Einwohner von Macau sein. (SWB, 12.11.98)

Anders als im Falle Hongkongs sollen prinzipiell alle Mitglieder des gegenwärtigen Legislativrats Macaus nach dem Machtwechsel ihren Sitz weiter behalten, und zwar über 1999 hinaus bis zum 15. Oktober 2001. Hierüber gibt es also keinen großen politischen Streit zwischen Beijing und Lissabon. Aber in einigen technischen Fragen können beide Seiten auch nach langwierigen Verhandlungen immer noch kein Übereinkommen treffen. Es handelt sich dabei vor allem um die Nationalitätsfrage. 107.000 Einwohner von Macau besitzen die portugiesische Staatsangehörigkeit, die meisten von ihnen sind ethnische Chinesen. Gemäß der sino-portugiesischen Vereinbarung von 1987 brauchen sie ihre Papiere zwar nach dem Souveränitätswechsel nicht abzugeben, aber, da die VR China Doppelstaatsangehörigkeit nicht anerkennt, dürfen sie nach dem Standpunkt Beijings ihren portugiesischen Paß nur im Ausland benutzen. In der künftigen SVR Macau wie in anderen Gebieten der VR China können sie nicht den konsularischen Schutz Portugals genießen, wenn sie auf den Status eines chinesischen Bürgers der SVR nicht verzichten; mit anderen Worten, sie müssen sich in der SVR Macau entweder für die chinesische oder die portugiesische Staatsangehörigkeit entscheiden. Die Portugiesen vertreten jedoch den Standpunkt, daß Beijing bei der Lösung des Nationalitätsproblems die Realität in Macau berücksichtigen solle, d.h. die Doppelstaatsangehörigkeit akzeptieren müsse. (SCMP, internet edition, 5.11.98; XNA, 6.11.98)

Streit gibt es auch um die Beamten-

pensionen. Die chinesische Seite will nur den Bediensteten Pension zahlen, die nach dem Machtwechsel in den Ruhestand gehen, während die portugiesische Seite meint, daß auch die vor dem anstehenden Machtwechsel pensionierten Bediensteten weiter von der künftigen SVR-Regierung das Ruhegeld bekommen sollen. (XNA, 18.11.98) Ferner klagt Beijing darüber, daß die Portugiesen mit der „Lokalisierung“ (Entkolonialisierung) der führenden Ämter und der Einführung des Chinesischen auch als Amtssprache in Macau bislang zu langsam vorgegangen sein. Hingegen verlangen die Portugiesen von den Chinesen eine Garantie, daß das Portugiesische nach 1999 neben dem Chinesischen auch weiter als Amtssprache in Macau aufrechterhalten wird. Uneinigkeit besteht weiterhin über die geplante Stationierung chinesischer Truppen in Macau nach dem Machtwechsel sowie Beijings Anspruch auf ein Mitspracherecht beim Haushaltsentwurf Macaus im kommenden Jahr. (Dazu siehe C.a., 1998/7, Ü 27.) -ni-

28 Plan zum Umbau eines Flugzeugträgers als Luxushotel

Das Rätsel über den Kauf eines ukrainischen Flugzeugträgers durch eine private Firma aus Macau ist enthüllt. Die Agencia Turistica e Diversoes Chong Lot Limitada (ATDCLL), eine Tochterfirma des Hongkonger Handelsunternehmens Chin Luck (Holdings), hat im März d.J. den Flugzeugträger „Warjag“ für 200 Mio. US\$ gekauft. Das Schiff, das ursprünglich für die sowjetische Flotte bestimmt war, wurde nach der Auflösung der Sowjetunion nur zu zwei Dritteln fertig und von der Ukraine nicht weiter gebaut. Zunächst meldete die *Moscow News* im Dezember des letzten Jahres, daß die VR China bereit sei, das Schiff zum Schrottpreis von 200 US\$ pro Tonne zu erwerben. Am 17. März d.J. gab aber die ukrainische „Behörde für Entwicklung und Europäische Integration“ als Verkäufer des Schiffes der Firma ATDCLL von Macau den Zuschlag. Da die Firma erst im August letzten Jahres bei den Behörden von Macau registriert wurde und nur über ein Kapital von 125.000 US\$ verfügt, vermutete man, daß China über die ATDCLL als Strohhalm die Warjag kaufte, um durch Zerlegung des Schiffes die Technologie zum Bau eines

eigenen Flugzeugträgers zu erlernen.

Am 10. November gab die ATDCLL ihren Plan bekannt, die Warjag in ein Luxushotel mit 600 Zimmern einschließlich Nachtlokalen, Diskos sowie eines Konferenzraums, eines Kriegsmuseums und eines militärischen Spielplatzes für Kinder umzubauen. Die Eröffnung des „Ocean Entertainment Centre“ wird im Jahr 2001 erwartet. Der Firmenchef der ATDCLL und Chin Luck, Cheng Zhenshu, dementierte, daß der Flugzeugträger für die chinesische VBL gekauft sei, trotzdem er nach eigener Darstellung über 10 Jahre lang in der chinesischen Armee gedient und gute Beziehungen mit dieser gehabt hat.

Der Regierungssprecher von Macau, Alfonso Camoes, sagte, ein Antrag auf eine Lizenz für das große Luxusschiffhotel sei noch nicht beantragt worden. Darüber hinaus hat er immer noch Zweifel, ob der Hafen von Macau mit einer Wassertiefe von unter 10 m für den Anker eines Flugzeugträgers geeignet ist. Nach dem Plan der Firma ATDCLL braucht das Schiff zum Auftauchen aber nur eine Wassertiefe von 6 m. (SCMP, internet edition, 11.11.98; vgl. auch C.a., 1998/3, Ü 40) -ni-

Taiwan

29 Diplomatischer Kampf um Pazifikinseln

Am 31. Oktober erklärte das Außenministerium in Taipei, die diplomatischen Beziehungen mit Tonga ab 2. November zu beenden. Unmittelbar davor hatte der Außenminister des Königreiches im pazifischen Raum, Ulukalala Lavaka Ata, nach seinem jüngsten Chinabesuch offiziell angekündigt, am 2. November diplomatische Beziehungen zu Beijing aufzunehmen. Im am 26. Oktober zwischen Ulukalala Lavaka Ata und seinem chinesischen Amtskollegen, Tang Jiaxuan, in Beijing unterzeichneten Gemeinsamen Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten, das erst am 2. November veröffentlicht wurde, heißt es, daß Tonga nur „ein China in der Welt“ anerkenne. Beijing sei „die einzige legitime Regierung für die Repräsentation Ge-

samtchinas" und Taiwan sei „ein unveräußerlicher Bestandteil des chinesischen Territoriums". (LHB und ZYRB, 1. und 3.11.98; RMRB, 3.11.98)

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan und Tonga, die im April 1972 aufgenommen worden waren, galten bis Mitte des vergangenen Jahres noch als sehr gut. Im Juli 1997 besuchte König Taufa'ahua Tupou IV. überraschend die VR China, wobei er auch vom chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin empfangen wurde. Dabei wurde dem König unter anderem eine überlebensgroße Statue seiner selbst überreicht – angesichts seiner Leibesfülle ein Geschenk von wahrhaft beachtlichen Dimensionen! Im Gegenzug weihte Taiwan, ohnehin das einzige Land, das in Tonga tatsächlich eine volle diplomatische Mission unterhielt, im vergangenen Februar ein neues, völlig überdimensioniertes und luxuriöses Botschaftsgebäude ein. Es war an einem der schönsten Strände Tongas auf einem Grundstück errichtet worden, das dem Kronprinzen und damaligen Außenminister Tupouto'a gehörte, der bei der Einweihungsfeier noch die „auf alle Ewigkeit" guten Beziehungen Tongas zu Taiwan beschwor. (NZZ, 2.11.98) Anfang Juli d.J. besuchte Ministerpräsident Xiao Wanchang (Vincent Siew) Tonga und nahm an den Feierlichkeiten zum 80. Geburtstag von König Taufa'ahua Tupou IV. teil. Letzterer wurde Ende desselben Monats zum achten Besuch nach Taiwan eingeladen – im renommierten Palasthotel in Taipei wurde ihm eine ständige Suite mit extra großen Möbelgarnituren reserviert. Noch kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen war seine Tochter, Prinzessin Salote Mafile'o Pilolevu Tuita, im Oktober als Gast in Taiwan. (FCJ, 10.7.98; SWB, 2.11.98)

Taiwan hat Tonga großzügige Entwicklungshilfe gewährt. Einem vor kurzem aus dem Dienst ausgeschiedenen taiwanesischen Diplomaten namens Zhu Jianhua (Chu Chien-hua) zufolge belief sie sich im Budget des letzten Jahres auf 18 Mio. US\$ und in diesem Jahr auf 21 Mio. US\$. Obendrein habe das Königreich Taiwan um 1,6 Mrd. NT\$ (umgerechnet rd. 50 Mio. US\$) für die Entwicklung eines Nachrichtensatelliten gebeten. Da die Regierung Taipei diesem Wunsch nicht nachgekommen sei, habe sich Tonga – so hieß es – an Beijing ge-

wandt, das versprochen haben soll, Tonga nicht nur beim Satellitenstart, sondern auch beim UNO-Beitritt zu unterstützen. (Central News Agency, Taipei, 31.10.98)

Seit Anfang d.J. sind Taiwans diplomatische Beziehungen zu vier Staaten abgebrochen worden. Vor Tonga hatten Südafrika am 1. Januar, Zentralafrika am 29. desselben Monats und Guinea-Bissau am 24. April Taiwan verlassen und Beijing umarmt. Andererseits hat am 20. November ein anderer pazifischer Inselstaat, die Marshallinseln (181 qkm Fläche und 57.400 Einwohner), trotz seiner vollen diplomatischen Beziehungen mit Beijing überraschend die Regierung Taipei anerkannt. Im zwischen Außenminister Hu Zhiqiang (Jason Hu) und seinem Amtskollegen der Marshallinseln, Phillip Muller, in Taipei unterzeichneten Kommuniqué heißt es, daß beide Seiten zum „entsprechenden" Zeitpunkt gegenseitige Botschaften in Majuro und Taipei errichten werden.

Meldungen der CP und ZYRB zufolge hatte Taiwan in den 80er Jahren eine agrartechnische Entwicklungshilfegruppe auf die Marshallinseln geschickt. 1989 bat der Pazifikstaat die Regierung Taipei um einen Kredit in Höhe von 30 Mio. US\$ für die Erschließung von Ressourcen in der Landwirtschaft und Fischerei. Taiwan war aber nur bereit, 10 Mio. US\$ zu gewähren. 1990 wiederholte der damalige Außenminister der Marshallinseln beim Besuch in Taiwan die Bitte um einen Kredit in Höhe von 30 Mio. US\$, diesmal für den Flugzeugkauf einer Boeing 757. Taiwan war wiederum nur bereit, Flugzeuge an den pazifischen Inselstaat zu vermieten. Schließlich nahmen die Marshallinseln diplomatische Beziehungen mit Beijing auf, das den Inselstaat beim UNO-Beitritt unterstützen konnte. Seit einem halben Jahr verhandelten Taiwan und die Marshallinseln heimlich wieder über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Außenminister Muller besuchte dreimal Taipei. Beim jüngsten Besuch wurde er u.a. von seinem Finanzminister begleitet. Gegenüber der Presse äußerte Muller die Hoffnung auf enge Wirtschaftszusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Außenminister Hu sagte, seine Regierung nehme die Vorschläge der Marshallinseln ernst. Noch Ende d.J. werde Taiwan eine Delegation in den

pazifischen Inselstaat entsenden, um dort die Möglichkeiten von Investitionen, Handel und Tourismus zu studieren. Taiwans Entwicklungshilfe für die Marshallinseln im Agrar- und Fischereibereich sollen sofort wiederaufgenommen werden. (ZYRB, LHB und CP, 21.11.98)

Nach dem Plus und Minus im diplomatischen Inselkrieg wird die Republik China auf Taiwan nach wie vor von 27 Staaten anerkannt, und zwar unverändert von 4 im pazifischen Raum, 15 in Lateinamerika, 7 in Afrika und einem (der Vatikan) in Europa. Während Taiwan seit Jahren unter der Parole „pragmatische Diplomatie" die Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen akzeptiert, besteht Beijing weiter auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans. Daher ist zu erwarten, daß die VR China die diplomatischen Beziehungen zu den Marshallinseln abbrechen wird, falls diese die Doppelerkennung in ihrer Chinapolitik nicht ändert. -ni-

30 Tunnelbau unter dem Meer zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße?

Wissenschaftler und Experten aus dem chinesischen Festland, Taiwan, Hongkong, den USA und Japan nahmen vom 25. bis 27. November an einem Symposium in Xiamen (Amoy) zur Diskussion über die Möglichkeit des Baus eines Tunnels unter dem Meer zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße teil. Das Symposium wurde gemeinsam vom „21st Century Development Research Institute" der Qinghua-Universität und einer Stiftung für Ingenieurwesen, Kultur und Bildung an der Taiwan-Universität veranstaltet. Die Idee wurde von Professor Wu Zhiming der Qinghua-Universität vorgebracht, der ein Studienzentrum über die Durchführbarkeit des Projekts leitet. Der Tunnel würde dreimal so lang wie der Eurotunnel unter dem Ärmelkanal werden und wäre der längste Tunnel der Welt – die Taiwan-Straße ist rd. 150 km breit. Yang Wehe, stellvertretender Direktor der chinesischen State Oceanic Administration, sagte bei der Eröffnung der Tagung, daß die Idee des Baus eines solchen Tunnels von großer Bedeutung sei, denn es würde die Transportprobleme über die Meeresstraße lösen und die Prosperität beider Seiten fördern.

Allein eine Studie über die Durchführbarkeit werde zum Austausch und zur Zusammenarbeit beider Seiten beitragen. (XNA, 26.11.98; NfA, 27.11.98)

Beim Tunnelbau unter der Taiwan-Straße sind die politischen Hindernisse wohl noch größer als die technischen Schwierigkeiten. Offiziell gibt es bislang zwischen beiden Seiten immer noch keinen direkten Kontakt. Für Beijing ist Taiwan nichts anderes als eine abtrünnige Provinz Chinas. Auf der anderen Seite hat Taipei inzwischen zwar auf seinen Alleinvertragsanspruch für Gesamtchina verzichtet, besteht jedoch auf zwei gleichberechtigte Regierungen in China. Die Handels- und Reiseverbindungen beider Seiten laufen hauptsächlich indirekt über Hongkong und Macau. Im Januar 1997 wurde zwischen den Schifffahrtsverbänden TSSA (Taiwan Straits Shipping Association) von Taiwan und ASATS (Association for Shipping Across the Taiwan Straits) vom chinesischen Festland ein Dokument für den direkten Schiffsverkehr unterzeichnet. Während Beijing von einer „inländischen“ Regelung ausgehend, nur die auf beiden Seiten der Taiwan-Straße registrierten Reedereien an der direkten Schifffahrt teilnehmen läßt, betrachtet Taiwan es als „internationale“ Schifffahrtsverbindung und erlaubt nur „ausländischen“ Schiffen, daran teilzunehmen, und zwar nur im „Exterritorialen Schifffahrtszentrum“ des Hafens Gaoxiong (Kaohsiung), Güter aus Drittländern nach dem chinesischen Festland oder umgekehrt umzuladen. (Dazu siehe C.a., 1997/1, Ü 31.) Daher ist die direkte Schiffsverbindung in der Taiwan-Straße z.Z. nur für den eingeschränkten Güterverkehr von Schiffen beider Seiten unter ausländischer Flagge möglich. -ni-

31 Überraschender Wahlsieg der Regierungspartei KMT

Im Berichtsmonat November fand auf der Insel ein außerordentlich heftiger Wahlkampf statt. Es ging um die Wahlen des neuen Gesetzgebungsorgan (nationalen Parlaments) und der Bürgermeister und städtischen Parlamente der provinziellen Großstädte Taipei (Taibei) und Kaohsiung (Gaoxiong) am 5. Dezember. Besonders der Wahl des neuen Bürgermeisters in der Hauptstadt Taipei schenkte man große Aufmerksamkeit. Vor vier Jah-

ren wurde ein Politiker der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) zum Bürgermeister der Hauptstadt gewählt. Um das Amt zurückzuerobern, nominierte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) Ma Yingjiu (Ma Ying-jeou), ehemaliger Justizminister (1993-1996), als Gegenkandidaten von Chen. Beide sind noch jung und sehr populär in der Bevölkerung. Chen als gebürtiger Insulaner nimmt jedoch einen deutlichen Standpunkt für eine eindeutige Unabhängigkeit von China ein, während Ma als gebürtiger Festländer für die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit Chinas ist.

Den nach Redaktionsschluß dieses Heftes eingetroffenen Pressemeldungen zufolge hat Ma überraschend mit 51,1% der abgegebenen Stimmen die Bürgermeisterwahl von Taipei gewonnen; Chen erhielt einen Stimmenanteil von 45,9% und der Kandidat der NP (New Party), Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), 3%. Bei den Wahlen zum Gesetzgebungsorgan errang die Regierungspartei KMT 46,43% der abgegebenen Stimmen, die DPP 29,56%, die NP 7,06%, 16,95% gingen an Parteilose. Der Sitzanteil der KMT beträgt jetzt 54,67% (+2,84%), der DPP 31,11% (-1,82%), der NP 4,89% (-7,91%) und der Parteilosen 9,33% (+6,89%).

Auch in den zwei neuen Stadtparlamenten von Taipei und Kaohsiung bleibt die KMT als größte Partei mit einem Sitzanteil von 42,78% bzw. 43,32%, die DPP als die größte Oppositionspartei mit 33,04% bzw. 37,55%, die NP als die dritte politische Kraft mit 19,81% bzw. 4,07% und die Parteilosen mit 4,37% bzw. 15,06%. Ein kleiner Trost für die DPP ist nur, daß ihr Kandidat Xie Changting (Hsieh Ch'ang-t'ing) mit einer knappen Mehrheit von 4.565 Stimmen das Amt des Bürgermeisters der Stadt Kaohsiung gewonnen hat. (LHB und CP, 6.12.98) Eine ausführliche Analyse über das Wahlergebnis folgt im nächsten Heft von C.a. -ni-

32 Spur vom Nachbeben der Asienkrise

Für Taiwan, das bislang die Asienkrise besser als andere Länder in der Region überstanden hat, bekommt jetzt offenbar ein Nachbeben zu spüren. Im Berichtsmonat November herrschte auf

dem Aktienmarkt der Insel Tumult. Viele Kaufgeschäfte in Dimensionen von zig Millionen bzw. Milliarden NT\$ (z.Z. rd. 32 NT\$ = 1 US\$) konnten infolge ungedeckter Schecks nicht abgewickelt werden. Einige spezielle Finanzinstitute für Wertpapiergeschäfte stehen am Rande der Pleite. Die Banken wurden gezwungen, die Kreditvergaben einzuengen, wodurch auch die Unternehmen hart betroffen sind. Zur Marktstabilisierung hat das Finanzministerium einen Sonderausschuß gebildet und eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, so z.B. die Herabsetzung des Diskontsatzes durch die Zentralbank sowie die Erhöhung des öffentlichen Fonds für Interventionen im Aktienhandel. (LHB, ZYRB und CP, 13.11.98; FCJ, 14. und 20.11.98)

Infolge der turbulenten Situation hat die US-Ratingsagentur Moody's Investors Service ihre Bewertungsnoten für zehn taiwanische Banken gesenkt. Allerdings betonte sie gleichzeitig, daß Taiwans Bankensektor weiterhin als einer der besten in Asien gelte. (FCJ, 27.11.98; CP und ZYRB, 21.11.98)

Aufgrund der Asienkrise hatten Taiwans Ex- und Importe in den ersten zehn Monaten d.J. gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Rückgang von 9% bzw. 7,6% zu verzeichnen. (FCJ, 14.11.98) Nach dem IMF hat auch die OECD am 17. November ihre Prognose zur taiwanesischen Wirtschaftswachstumsrate für 1998 und 1999 drastisch gesenkt, und zwar von 5,9% (Voraussage vom Juni d.J.) auf 4,5% bzw. von 6,2% auf 4%. (LHB, 19.11.98) Allerdings sind sowohl die Regierung als auch private taiwanische Wirtschaftsinstitute nicht so pessimistisch. Das Taiwan Institute of Economic Research hat am 9. November seine Wachstumsvoraussage für dieses Jahr von 5,5% im Juli nur auf 5,26% nach unten korrigiert. Im nächsten Jahr soll es dem Institut zufolge ein noch höheres Wachstum von 5,5% geben. (FCJ, 14.11.98) Auch der Rat für wirtschaftliche Planung und Entwicklung (CEPD) unter dem Exekutivorgan (Regierung) erwartet für 1999 eine Wirtschaftswachstumsrate von 5,5%. Ferner soll die Inflationsrate 1999 bei 1,6% und die Arbeitslosenquote bei 2,6% liegen. (LHB, 19.11.98) -ni-